



A K A D E M I E F Ü R P O L I T I S C H E B I L D U N G T U T Z I N G

A K A D E M I E - K U R Z A N A L Y S E

2/2008

Der Konflikt zwischen China und Tibet
vier Monate vor den Olympischen Spielen in Peking

Dr. Saskia Hieber

März 2008

Der Konflikt zwischen China und Tibet

vier Monate vor den Olympischen Spielen in Peking

Dr. Saskia Hieber

Mitte März diesen Jahres eskalierten Zusammenstöße zwischen Bewohnern der tibetischen Hauptstadt Lhasa und chinesischen Sicherheitskräften. Auslöser waren Demonstrationen von Mönchen anlässlich des Jahrestags des Aufstands 1959 gegen die chinesische Verwaltung. Mehrere Dutzend Menschen sind ums Leben gekommen. Die Proteste haben sich inzwischen auf westchinesische Gebiete außerhalb der autonomen Provinz Tibet ausgeweitet.

Die Sympathielage in unseren Medien ist meist übersichtlich: Friedliche buddhistische Tibeter gegen die brutale chinesische Staatsmacht. Doch so einfach ist die Situation nicht. Die Debatte ist emotionalisiert und auch belastet von einseitigen westlichen Idealvorstellungen über asiatische Religionen und durch die Suche nach östlicher Spiritualität.

Der historische und völkerrechtliche Hintergrund des Konfliktes

Der Blick in die Geschichte bringt zumindest etwas Klarheit über den völkerrechtlichen Status. Territoriale Einheit und staatliche Souveränität sind Grundpfeiler des chinesischen Staatsverständnisses. Zu Sicherungszwecken wurde ein System von Pufferstaaten an den Rändern des Kaiserreichs erdacht. Die Beziehungen zu und der Einfluss auf diese Randstaaten aber waren äußerst wechselhaft. Gelegentlich

stellten tibetische und zentralasiatische Machthaber eine große Gefahr für den Kaiserhof dar. China hatte seit dem 18. Jahrhundert die politische und handels-technische Präsenz in Lhasa verstärkt und mit unterschiedlicher Intensität außen- und sicherheitspolitische Aufgaben wahrgenommen, beziehungsweise - aus anderer Sicht - an sich gerissen. Aus der Sicht Chinas endete Tibets Souveränität spätestens im 18. Jahrhundert, als die Qing (Mandschu-) Dynastie 1725 zwei Hochkommissare in Tibet installierte, 1751 den Dalai Lama als spirituellen und politischen Führer aufstellte und 1788 und 1791 eine Invasion nepalesischer Truppen in Tibet abwehren musste.

Das tibetische Selbstverständnis rekurriert dagegen auf die Einigung weiter Teile der Region im 7. Jahrhundert und auf die zwischen dem 17. Jahrhundert und 1951 ausgeübte religiöse und administrative Autorität des Dalai Lama, die jedoch nicht wirklich Souveränität ausdrückte. Tibet erklärte seine Unabhängigkeit 1911 am Ende der Qing-Dynastie und blieb bis zur chinesischen Invasion von 1950 de facto unabhängig.

Voraussetzungen für Unabhängigkeit sind neben einer eigenen Sprache und Kultur unter anderem ein fest umrissenes Territorium und internationale Anerkennung. Die internationale Staatengemeinschaft aber begegnete der tibetischen Unabhängigkeitserklärung in den Wirren des Untergangs des chinesischen Kaiserreichs mit Desinteresse. Damit war eine Chance verfallen, Tibets Status zu ändern oder zu festigen. Der Vorwurf, Tibet sei von London, Kalkutta, Paris und Moskau „verraten“ worden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Die „Befreiung“ Tibets durch kommunistische Verbände ab 1950 schuf zweifellos neue und unerfreuliche Bedingungen. Ein Sturm internationaler Proteste aber blieb

aus: Die Welt war mit dem Koreakrieg in einem anderen Teil Asiens ausreichend beschäftigt. Die Aussage in einer Tibet-sendung von ‚arte‘ am 1.4.2008, England hätte über die Unabhängigkeit Tibets gewacht, ist nicht korrekt. Im Gegenteil: Der blutigen Younghusband-Expedition von 1904 etwa fielen über eintausend tibetische Soldaten und Zivilisten zum Opfer. Reinhold Messner hatte in der ZDF-Sendung „aspekte“ am 28.3. durchaus Recht zu sagen, wir haben viel mit Tibet zu tun – wohl mehr als uns lieb ist. Wer im Westen schnell „Free Tibet“ ruft, muss sich auch der Geschichte bewusst sein.

Chinas Grenzen sind international anerkannt

Inzwischen ist - völkerrechtlich und politisch gesehen - nichts zu ändern. Die meisten Staaten der Erde, auch Deutschland, haben die Regierung in Peking, das so genannte „Ein-China-Prinzip“, und Chinas Territorium in seinen heutigen Grenzen anerkannt. Tibet, Nordwest-China (Xinjiang), Taiwan und die früher als Mandschurei bezeichneten Gebiete im Nordosten sind ein Teil Chinas. Die „guten Wirtschaftsbeziehungen“ zu China sind bekannt. Sie dürfen allerdings nicht dahin führen, der chinesischen Regierung gegenüber nicht klar zu bedeuten, dass Menschenrechtsverletzungen allgemein, die Situation in Tibet und die Diffamierung des Dalai Lama nicht zu akzeptieren sind.

Die Lage ist durchaus komplex. Auf der einen Seite steht die chinesische Regierung, anscheinend unfähig zu Kompromiss und Dialog über Tibet und halsstarrig im Tonfall gegen die angeblich separatistische Politik des Dalai-Lama und die so genannte „Dalai Lama-Clique“ im Exil im indischen Daramsala. Die meisten Chinesen werden Tibet als Teil Chinas, als histori-

schen Randstaat und als im wirtschaftlichen und kulturellen Einflussbereich Chinas gelegen betrachten.

Tibet ist nur eines von vielen Problemen Chinas, wird durch den "Kultstatus" des Dalai Lama jedoch emotionalisiert wahrgenommen

Auf der anderen Seite stehen zunächst der Dalai Lama, Friedensnobelpreisträger, Integrationsfigur und geistiges Oberhaupt der Tibeter, der bisher erfolgreich die Gewaltbereitschaft einiger junger tibetischer Gruppierungen eindämmen konnte. Des Weiteren gibt es die in Tibet und in angrenzenden chinesischen Provinzen Chinas lebenden Tibeter und die Exiltibeter in verschiedenen Teilen der Welt – unterschiedliche Gruppen mit eigenen Interessen. Der Dalai Lama hat Zeit seines Lebens Dialogbereitschaft gezeigt und seine Ansprüche an die chinesische Regierung immer weiter zurückgeschraubt. Er fordert im Gegensatz zu einigen exiltibetischen Gruppen keine Unabhängigkeit, sondern mehr Autonomie. Der Grad an Autonomie ist genauso wie die geographische Eingrenzung „Tibets“ ein Streitpunkt. Die chinesische Regierung betont ihre Aufbauhilfe und die Infrastrukturmaßnahmen, die es Tibet erst ermöglicht hätten quasi aus dem Mittelalter einen Weg in die Moderne zu finden. Viele westliche Tibetfreunde und Tibeter sehen in genau dieser chinesischen Aufbauhilfe den Anfang vom Ende der tibetischen Kultur. Zweifellos hat Tibet unter den furchtbaren Auswüchsen der Kulturrevolution in den 1960er Jahren besonders gelitten. Dem roten Terror fielen viele Tausend Mönche und Nonnen und fast alle tibetischen Klöster zum Opfer. Übersehen wird in diesem Zusammenhang aber gerne, dass die Kulturrevolution in ganz China Menschen, Familien, Werte

und Sachgüter zerstörte – jeweils in Millionenhöhe.

Außer fünf Millionen Tibetern leben in China noch weitere 54 ethnische oder religiöse „Minderheiten“. Diese haben in der Regel keinen charismatischen Führer und werden von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen. Was wissen wir schon über die 16 Millionen Zhuang oder 8 Millionen Miao? Über die Uiguren wird gelegentlich berichtet, etwa im Zusammenhang mit anti-chinesische Anschlägen in Xinjiang oder mit dem Extremismusvorwurf gegen islamische Bevölkerungsgruppen. Gemeinsam ist diesen Minderheiten, dass sie oft in abgelegenen Gebieten leben, dadurch einen eingeschränkten Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten und zukunfts-trächtigen Arbeitsplätzen haben und ähnlich wie viele Chinesen auf dem Land zu den Verlierern des Wirtschaftswunders gehören. Die sozialen Ungleichgewichte und die extremen Einkommensunterschiede in China zwischen Stadt und Land, zwischen Industriezonen an der Küste und armen Hinterlandprovinzen, sind eine Bedrohung für Stabilität und Entwicklung. China hat mehr arme Menschen als viele europäische Staaten Einwohner. Ungeachtet der Erfolge der Regierung in der Steigerung des Lebensstandards ist Hunger in China, wie in anderen Ländern Asiens auch, noch nicht überwunden. Bis zu 200 Millionen Chinesen leben unterhalb der Armutsgrenze von 1 US-Dollar Einkommen pro Tag.

Innenpolitische Probleme:

Umweltzerstörung, Inflation und Armut

Zusätzliche Probleme sind die Umweltzerstörung, die wachsende Inflation und die Entwicklung der Lebensmittelpreise. Die Schätzungen über die durch Umweltzerstörung verursachten Schäden belaufen sich auf 4-10 % der Wirtschaftsleistung. Um-

weltzerstörung ist aber nicht nur ein finanzielles Problem. Überall im Land regen sich Proteste gegen verseuchte Gewässer und Böden. China muss immer mehr Nahrungsmittel importieren. Die Diskussionen über die Zumutbarkeit der Pekinger Stadtluft für internationale Athleten während der Olympischen Spiele ist nur die Spitze des Eisbergs. In China sorgen zunehmende Inflation, steigende Lebensmittelpreise und die oft prekäre Lage der vielen Millionen armer Wanderarbeiter und Tagelöhner in den Großstädten für potentiellen sozialen Zündstoff. Die Landbevölkerung, insbesondere Bauern in abgelegenen Gebieten, muss einen wachsenden Teil des Einkommens für die Nahrungsmittelgrundversorgung aufwenden. Die Preise für Reis haben sich seit Jahresbeginn 2008 verdoppelt und steigen nach Informationen des Internationalen Reisforschungsinstituts in Asien so hoch, dass sie in ganz Asien zu Unruhen führen könnten. Chinas Regierung steht vor gewaltigen Herausforderungen, um das Land zusammen und die Wirtschaftsentwicklung stabil zu halten. Tibet ist für sie nur ein Problem von vielen.

Tibet ist kein Freilichtmuseum. Wer „Reservate“ erhalten möchte vergisst die wirtschaftliche Realität. Jede Region, jedes Volk hat das Recht auf Entwicklung, auf die Verbesserung des Lebensstandards und auf die Möglichkeit, an der regionalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung teilzuhaben. Zu den Voraussetzungen von Entwicklung gehören der Aufbau von Infrastruktur, Bildungswesen und Wirtschaftstätigkeit. Selbstverständlich hat ein Volk genauso ein Recht auf die Erhaltung von Kultur und Religion. Es steht ebenfalls außer Zweifel, dass die Lebensbedingungen in Tibet nicht ausschließlich chinesisch dominiert sein und die Ausübung von Sprache, Religion und Tradition nicht ausschließlich von chinesischen Behörden kanalisiert und kontrolliert werden dürfen. Die Welt ist heute politisch und wirtschaftlich eng verflochten. Diese Verflechtung der Welt kann ein Risiko sein (Beispiel Finanzkrise). Sie schafft aber auch Sicher-

heit durch internationale Abkommen, Organisationen und Zusammenarbeit. Gerade in Asien sind historische und zukünftige Krisen durch multilaterale Kooperation lösbar. Die Entschärfung der Situation auf der Koreanischen Halbinsel durch die „Sechs-Parteien-Gespräche“ zwischen den beiden koreanischen Staaten, China, Russland, Japan und den Vereinigten Staaten ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit und für Chinas Rolle als verantwortungsbewusster internationaler Partner. Das Dilemma der Tibetfrage ist Chinas Empfindlichkeit bei einer „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes“. Unausgewogener und plakativer Druck auf die Regierung in Peking wird die Lage in Tibet und die Gesprächsbereitschaft der Chinesen nicht verbessern – im Gegenteil. Dennoch darf dies keine Regierung davon abhalten, die Verbesserung der Menschenrechtssituation anzumahnen – in ganz China.

Dr. Saskia Hieber
Akademie für Politische Bildung
82323 Tutzing
08158/256-54
s.hieber@abp-tutzing.de
www.apb-tutzing.de